Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2992

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 159. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 27. Januar 1965 160. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 29. Januar 1965

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

Abgeordneter **Junghans**

Entspricht es den Tatsachen, daß der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen für das kulturelle Zonenrandprogramm 1965 neue Richtlinien erlassen hat, nach denen eine Förderung von Kindertagesstätten durch Zuschuß aus diesen Mitteln nicht mehr zulässig ist?

II. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Abgeordneter **Reichmann**

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten Frankreichs, das zur gleichen Zeit, als sich die Bundesregierung in Brüssel zu großen Opfern bereit erklärte, die besonders Frankreich zugute kommen, die Zustimmung zu einer Viermächteerklärung zur Deutschlandfrage verweigerte?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

Abgeordneter **Dröscher**

Wieviel Einzelprojekte sind jeweils in den Jahren 1963 und 1964 mit den Bundesmitteln zur Schaffung von Turn- und Sportstätten gefördert worden?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

IV. 1. Abgeordnete **Frau Korspeter**

Trifft es zu, daß die Bundesregierung den Zuschuß für eine Fahrpreisermäßigung, der ehemaligen politischen Häftlingen für eine begrenzte Zeit nach ihrer Wohnsitznahme in der Bundesrepublik für Verwandtenbesuche gegeben wurde, seit dem 30. Juni 1964 gestrichen hat, weil die angeblich geringe Inanspruchnahme den Verwaltungsaufwand bei der Deutschen Bundesbahn nicht mehr rechtfertigte?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

IV. 2. Abgeordnete **Frau Korspeter**

Ist die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß in den letzten Monaten eine größere Anzahl ehemaliger politischer Häftlinge in die Bundesrepublik gekommen sind, bereit, die in Frage IV/1 genannten Mittel wieder zur Verfügung zu stellen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

V. 1. Abgeordneter **Spies**

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen ausländische Regierungen und Stellen belastendes Material über NS-Verbrechen besitzen, es aber ablehnen, das Material zur Auswertung deutschen Stellen vorzulegen?

V. 2. Abgeordneter **Spies**

Sieht die Bundesregierung in der Nicht-Herausgabe des belastenden Materials über NS-Verbrechen in der sogenannten DDR für die Verantwortlichen den Tatbestand „Begünstigung im Amt" als erfüllt an?

V. 3. Abgeordneter **Spies**

Beabsichtigt die Bundesregierung, in Sachen NS-Verbrechen — sofern die Frage V/2 bejaht wird — ein Verfahren gegen Frau Benjamin in der sogenannten DDR wegen „Begünstigung im Amt" anzustreben?

V. 4. Abgeordneter **Dürr**

Trifft es zu, daß man in der Bundesrepublik die zweite juristische Staatsprüfung bestehen und damit die Fähigkeit zum Richteramt erwerben kann, ohne eine Strafvollzugsanstalt auch nur kurz besichtigt zu haben?

V. 5. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Wie erklärt es sich, daß die Rechtsanwaltsgebührenordnung z. B. bei einem Streitwert von 100 000 DM in den Zwanzigerjahren eine Gebühr von 1165 Mark vorsah, während die zur Zeit geltende Gebühr für diesen Streitwert 822 DM beträgt und auch der Regierungsentwurf nur 920 DM vorsieht?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VI. 1. Abgeordnete **Frau Herklotz**

Hält die Bundesregierung das Nachprägen alter, nicht mehr im Kurs befindlicher Münzen für erlaubt?

VI. 2. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Wieviel Schadensfälle werden von der Siebzehnten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes vom 16. Juni 1964 betroffen?

VI. 3. Abgeordneter **Dr. Rutschke**

Wieviel Fälle sind seit Inkrafttreten der Siebzehnten Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes abgeschlossen worden?

VI. 4. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Wie lange dauert es im Durchschnitt im Bundesgebiet, bis Manöverschäden, die durch verbündete Streitkräfte oder die Bundeswehr verursacht wurden, durch die zuständige Oberfinanzdirektion geregelt werden?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VII. 1. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Teilt die Bundesregierung die Meinung des Innenministeriums von Baden-Württemberg (vgl. Drucksache IV/807 des Landtages vom 15. Januar 1965), daß die Fragen der Verwertung ausgedienter Kraftfahrzeuge und der Beseitigung der häßlichen „Autofriedhöfe" auf Bundesebene geprüft und gesetzgeberisch geregelt werden sollen?

VII. 2. Abgeordneter **Josten**

Welche Pläne sind der Bundesregierung zur Verlegung von Erdgasleitungen dem Rhein entlang bekannt?

VII. 3. Abgeordneter **Josten**

Wie weit sind Besprechungen mit den zuständigen Ländern in der Frage der Erdgasleitungen am Rhein zu einem positiven Abschluß gekommen?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

VIII. 1. Abgeordneter **Reichmann**

Ist die Bundesregierung bereit, bei den anstehenden EWG-Finanzierungsverhandlungen in Brüssel, in welche Tabak miteinbezogen ist, zu erwirken, daß die deutschen Tabakpflanzer wirtschaftlich mit den französischen und italienischen Tabakpflanzern gleichgestellt werden, so daß die Wettbewerbsverzerrungen infolge der italienisch-französischen Tabakmonopole harmonisiert werden?

VIII. 2. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der EWG-Ministerrat im Rahmen der Regelung eines gemeinsamen Getreidepreises auch konkrete Beschlüsse über die künftige Marktregelung für Tabak gefaßt hat?

VIII. 3. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**

Welche Maßnahmen sind nach Ansicht der Bundesregierung bei Aufhebung der Steuerbegünstigung für Schneidegut und des Förderungsbeitrages für Zigarrentabake notwendig, um den Tabakpflanzern in der Bundesrepublik unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Indizes zu einem kostendeckenden Preis zu verhelfen?

VIII. 4. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Trifft es zu, daß die Bundesrepublik Schweinefleisch-Exporte in die Sowjetunion subventioniert?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

IX. 1. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Wie hoch sind die Mittel, die die Sozialversicherungsträger in den Jahren seit 1950 zur Behandlung von Alkoholkranken aufgewandt haben?

IX. 2. Abgeordneter **Fritsch**

Ist in Ansehung der seit Inkrafttreten des Zweiten Neuordnungsgesetzes zum Kriegsopferrecht gestiegenen Lebenshaltungskosten die Gewährung einer Überbrückungszulage an Kriegsopfer vorgesehen?

IX. 3. Abgeordneter **Hammersen**

Welche Umstände und Hinderungsgründe sind nach Meinung der Bundesregierung dafür maßgebend, daß nach der vom Bundesarbeitsminister dem Deutschen Bundestag unter dem 24. November 1964 auf Drucksache IV/2780 vorgelegten Übersicht über die „Beschäftigung Schwerbeschädigter bei den Bundesdienststellen" nach dem Stand vom 1. Oktober 1964 bei einer Zahl von insgesamt 69 101 Pflichtplätzen nur 57 933 = 83,8% Pflichtplätze besetzt und hierbei im letzten Jahr nur 940 = 1,6% Schwerbeschädigte und ihnen Gleichgestellte eingestellt worden sind?

IX. 4. Abgeordneter **Fritsch**

Wie erklärt sich die Bundesregierung den Sachverhalt, daß das Land Bayern den absolut höchsten Stand aller Bundesländer an Klage- und Berufungsverfahren im Bereiche der Kriegsopferversorgung zu verzeichnen hat?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

X. 1. Abgeordneter **Börner** *)

Ist dem Bundesverteidigungsminister bekannt, daß die bisher übliche Auszahlung von Ortszuschlägen kasernenpflichtige Soldaten gegenüber nichtkasernenpflichtigen dadurch benachteiligt, daß den zur Kasernenunterbringung Verpflichteten nur die Hälfte des Ortszuschlages ausgezahlt wird und sie dadurch für Wohnräume innerhalb der Kaserne eine wesentlich höhere Miete als nicht zur Unterbringung verpflichtete Soldaten zu zahlen haben?

X. 2. Abgeordnete **Frau Schanzenbach**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß unter der Bevölkerung des mittelbadischen Flugplatzdorfes Langenwinkel bei Lahr erneut große Beunruhigung entstanden ist, nachdem vor wenigen Tagen eine Militärmaschine des unmittelbar benachbarten NATO-Flugplatzes das Dach eines Hauses streifte und beschädigte?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

X. 3. Abgeordnete **Frau Schanzenbach** — Ist die Bundesregierung bereit, genaue Auskunft zu geben über den augenblicklichen Stand der vom Bundesverteidigungsministerium verbindlich zugesagten Umsiedlungsaktion für das stark gefährdete Dorf Langenwinkel?

X. 4. Abgeordnete **Frau Schanzenbach** — Bis wann kann mit Beginn und Abschluß der Umsiedlungsaktion des Dorfes Langenwinkel gerechnet werden?

X. 5. Abgeordneter **Welslau** — Ist der Bundesverteidigungsminister bereit, sportlich talentierten jungen Soldaten nach der Grundausbildung die Möglichkeit zu geben, Sportlehrgänge zu besuchen mit dem Ziel, den Übungsleiterausweis zu erwerben und somit in der Truppe und nach dem Ausscheiden aus dem Wehrdienst als sportlicher Übungsleiter tätig zu sein?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XI. 1. Abgeordneter **Dr. Kempfler** — Ist dem Bundesverkehrsministerium bekannt, daß bei Ermäßigung der zuschußfähigen Kosten für Straßenbaumaßnahmen häufig auch der Bundeszuschuß reduziert und dadurch entstandene Rückforderungen des Bundes auch bei so niedrigen Summen geltend gemacht werden, daß der verursachte Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zu dem finanziellen Ergebnis für den Bund steht?

XI 2. Abgeordneter **Baier (Mosbach)** — Bis zu welchem Termin ist mit dem Wiederaufbau der zwischenzeitlich in der Planung neuentwickelten Eisenbahnbrücke zwischen Obrigheim und Neckarelz (Baden) zu rechnen, die eine grundlegende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der Eisenbahnstrecke Obrigheim—Meckesheim und damit für die Infrastruktur dieses Raumes, insbesondere auch im Hinblick auf den demnächst beginnenden Bau des Kernkraftwerkes Obrigheim ist?

XI. 3. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** — Wieviel Unfälle haben sich seit dem 1. Januar 1961 auf den Bundesautobahnen ereignet, die ihre Ursache darin hatten, daß Angehörige der amerikanischen Stationierungsstreitkräfte mit ihrem Fahrzeug verbotswidrig wendeten?

XI. 4. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** — Ist die Bundesregierung bereit, geeignete Maßnahmen mit dem Ziele zu ergreifen, daß gegen die in letzter Zeit häufiger festzustellende Unsitte von Angehörigen der amerikanischen Stationierungsstreitkräfte, mit ihrem Fahrzeug auf der Autobahn zu wenden, wodurch oft schwere Unfälle verschuldet wurden, mit Nachdruck vorgegangen wird?

XI. 5. Abgeordneter **Welslau**

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Personen bei Verkehrsunfällen im Jahre 1963 auf dem Wege zur und von der Arbeitsstätte verletzt wurden?

XI. 6. Abgeordneter **Flämig**

Trifft es zu, daß die Bauarbeiten am Empfangsgebäude des neuen Hanauer Hauptbahnhofes im Jahre 1965 nicht fortgesetzt werden, obwohl die Deutsche Bundesbahn sich am 10. Dezember 1959 in einem Vertrag mit dem Magistrat der Stadt Hanau verpflichtet hat, das durch Kriegseinwirkung stark beschädigte und den Bedürfnissen nicht mehr genügende Hauptbahnhofsgebäude durch einen Neubau zu ersetzen?

XI. 7. Abgeordneter **Flämig**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Stadt Hanau erhebliche finanzielle Vorleistungen im Zusammenhang mit den Bauarbeiten am Hauptbahnhof Hanau erbracht und unpopuläre Maßnahmen getroffen hat, die der Bevölkerung gegenüber nur verantwortet werden konnten mit dem Hinweis, daß Hanau 20 Jahre nach Ende des Krieges endlich ein ordentliches, zweckmäßiges und den Bedürfnissen einer Industriestadt von 50 000 Einwohnern gerechtwerdendes Hauptbahnhofsgebäude bekäme?

XI. 8. Abgeordneter **Strohmayr**

Hält die Bundesregierung den Vorschlag des bayerischen Wirtschaftsministers Dr. Schedl für praktikabel, einen großen Teil der von der Deutschen Bundesbahn betriebenen „sehr kostspieligen Entwicklungs- und Forschungsaufgaben" der privaten Wirtschaft zu überlassen?

XI. 9. Abgeordneter **Strohmayr**

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, die kleinen ländlichen Güterannahmestellen der Deutschen Bundesbahn freien Agenten zu übertragen, um so die Schließung der jetzt nicht rentierlichen Stellen zu verhindern oder wenigstens stark einzuschränken?

XI. 10. Abgeordneter **Strohmayr**

Hält es die Bundesregierung für praktikabel, die in Frage XI/9 vorgeschlagenen Güteragenturen z. B. dem Landhandel zu übertragen?

XI. 11. Abgeordnete **Frau Kleinert**

Ist die Bundesregierung im Hinblick auf die Tariferhöhungen bei den kommunalen Verkehrsbetrieben bereit, der Empfehlung der Sachverständigenkommission über Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Drucksache IV/2661) zu folgen und den Nahverkehrsbetrieben eine Ausgleichszahlung zuzubilligen, wie sie im § 28 a des Bundesbahngesetzes vorgesehen ist?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XII. 1. Abgeordneter **Dr. Stecker**

Wann wird die Deutsche Bundespost in der Lage sein, die Fernsehsender im Raum Osnabrück-Emsland so auszustatten, daß diese das 3. Fernsehprogramm des Norddeutschen Rundfunks ausstrahlen können?

XII. 2. Abgeordneter **Dr. Stecker**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß gerade das 3. Fernsehprogramm als Bildungs- und Studienprogramm vorrangig der Bevölkerung ländlicher Räume zugänglich gemacht werden sollte, da diese die übrigen kulturellen Einrichtungen nur unter erschwerten Bedingungen in Anspruch nehmen kann?

XII. 3. Abgeordneter **Weigl**

Wann ist endgültig mit der Fernsehversorgung (2. und 3. Programm) der nördlichen Oberpfalz zu rechnen?

XII. 4. Abgeordnete **Frau Kleinert**

Hält der Bundespostminister es für zweckmäßig, daß die Vorwahlnummern für den Selbstwählferndienst auch im Amtlichen Telefonverzeichnis unmittelbar und nicht nur in einem Sonderheft aufgenommen werden?

XII. 5. Abgeordnete **Frau Kleinert**

Wird der Bundespostminister dem Postverwaltungsrat vorschlagen, am 24. und 31. Dezember schon ab 14 Uhr die ermäßigte Telefongebühr zuzulassen, auch wenn diese Tage nicht auf einen Samstag fallen?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIII. 1. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Wie verhalten sich seit 1950 die durchschnittlichen Ausgaben der 4köpfigen Personengruppe für alkoholische Getränke und für Tabak einerseits und für Aufwendungen an Miete bzw. Wohnlasten andererseits?

XIII. 2. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Wie verhalten sich seit 1950 die Mittel, die zur Aufklärung gegen Alkohol- und Tabakmißbrauch aufgewandt werden, zu den Einnahmen an Verbrauchsteuern aus Alkohol- und Tabakverbrauch?

XIII. 3. Abgeordneter **Dröscher**

Wann gedenkt die Bundesregierung das neue Weingesetz dem Deutschen Bundestag vorzulegen?

XIII. 4. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Gedenkt die Bundesregierung, in der Verordnung über die medizinische Anwendung von Röntgenstrahlen ein neues Verfahren gebührend zu berücksichtigen, das eine erhebliche Verminderung der Strahlungsmenge (angeblich bis auf $^1/_{10000}$ der normalen Dosis) für Röntgendurchleuchtungen ermöglicht?

Bonn, den 22. Januar 1965